



BULLETIN Außen- & Sicherheitspolitik

Magazin des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Ausgabe 2 / 2015

LAGE DER EU

Nationaler Egoismus behindert Lösungen

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSUNION

Gemeinsame Fähigkeiten zeitnah aufbauen

Fünf Punkte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Bundesminister
Dr. Gerd Müller MdB
bezieht Stellung

WEDER GLOBALE HEILSARMEE NOCH GROSSE SCHWEIZ

THESEN ZUM EINSATZ MILITÄRISCHER MACHT



Paris: Die Welt trauert gemeinsam, die Welt verteidigt sich gemeinsam



Florian Hahn, Vorsitzender ASP

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

Außenpolitik ist Innenpolitik. Mit der Flüchtlingswelle hat für Deutschland ein neues geopsychologisches Zeitalter begonnen. Einige Auswirkungen der Globalisierung hatten wir in den vergangenen Jahren verdrängt. Tausende Flüchtlinge, die täglich Bayern erreichen, lassen dies nicht mehr zu. In München, Regensburg oder Freilassing spielt sich das weltweite Flüchtlingsdrama vor deutscher Kulisse ab. Wir Außenpolitiker sind gefordert. Es ist heute, mehr denn je, unsere Aufgabe, die Wechselwirkungen unseres sicherheits- und außenpolitischen Handelns mit der deutschen Innenpolitik zu analysieren.

Die voranschreitende Erosion von Staatlichkeit im Nahen Osten oder der Siegeszug der Mörderbanden des IS können wir nicht von heute auf morgen aufhalten. Erfolgreiche „Fluchtursachenbekämpfung“ ist – wenn überhaupt – nur mittel- und langfristig möglich. Wir müssen uns deshalb auch auf Lösungen für die Folgen konzentrieren.

Entscheidend ist: Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommt, muss verringert werden – wir stoßen an unsere Kapazitätsgrenzen, vor allem in Bayern. Deutschland muss jetzt ein Signal senden, dass wir nicht alle Flüchtlinge aufnehmen können. Das heißt auch, dass wir über eine weitere Begrenzung des Familiennachzugs nachdenken müssen. Gleichzeitig müssen wir Aufnahmeländer wie die Türkei, Jordanien und Libanon massiv unterstützen.

Darüber hinaus müssen wir wissen, wer nach Europa und Deutschland ein- und ausreist. Eine lückenlose Registrierung ist notwendig. Fehlende Kapazitäten beim europäischen Grenzschutz Frontex müssen behoben werden. Europa muss in der Lage sein, seine Grenzen zu schützen!

Auch dürfen wir nicht vergessen: Islamismus kann auch in Deutschland entstehen. Wir produzieren und exportieren ihn: aus Dinslaken direkt an die Front im Irak. Und dann kommt er zurück. Wenn Islamisten und Salafisten die ersten Integrationshelfer werden, dann haben wir ein Problem. Ein Problem, das entsteht, wenn wir die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Integration und das Vermitteln der deutschen Leitkultur ist für unser friedliches Zusammenleben entscheidend.

Für Deutschland bedeutet die Flüchtlingskrise: Außenpolitik ist Innenpolitik. Und Innenpolitik ist Außenpolitik. Für uns als ASP folgt aus dieser Entwicklung eine noch intensivere Diskussion um mögliche Antworten.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn MdB,
Landesvorsitzender des ASP



Dr. Gerd Müller MdB

FÜNF PUNKTE ZUR BEWÄLTIGUNG DER FLÜCHTLINGSKRISE

Die Flüchtlingskrise stellt eine epochale Herausforderung dar. Ihre Folgen werden Deutschland, Europa und die gesamte internationale Gemeinschaft auf Jahre hinaus beschäftigen. Jetzt geht es darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Neben der Innenpolitik ist dabei insbesondere die Außen- und Entwicklungspolitik gefordert.

Die Dramatik der aktuellen Situation lässt sich anhand einiger Zahlen verdeutlichen:

- Weltweit sind nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) derzeit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl seit dem 2. Weltkrieg.
- Jeden Tag kamen im letzten Jahr durchschnittlich 42.500 neue Flüchtlinge hinzu. Das entspricht einer Vervierfachung über die letzten vier Jahre.
- Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind oder ein Jugendlicher und damit besonders schutzbedürftig.
- Die meisten Fluchtbewegungen gehen auf den Krieg in Syrien seit 2011 zurück. Fast 12 Millionen Syrer sind auf der Flucht.

Für den Umgang mit der Flüchtlingskrise sind fünf Punkte vordringlich.

Erstens: Um weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa vorzubeugen müssen wir noch mehr in den Herkunfts- und Transitländern investieren. Wir müssen Flüchtlingen vor Ort eine Perspektive geben und dort gezielt Hilfe leisten. Dies gilt insbesondere für syrische Flüchtlinge. Denn mehr als 95 Prozent der syrischen Flüchtlinge befinden sich noch in der Region. Konkret geht es jetzt darum, Syrien-Flüchtlinge mit ausreichend Nahrung zu versorgen und ihre Unterkünfte winterfest zu machen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geht mit einer Sonderzusage an das Welternährungsprogramm (WEP) mit gutem Beispiel voran.

Flüchtlingshilfe ist vor Ort zudem effektiver als bei uns in

Deutschland. Jeder Euro, der in den Herkunftsregionen eingesetzt wird, erspart uns ein Vielfaches an Mitteln für die Flüchtlingsbetreuung bei uns. In und um Syrien eingesetzte Mittel erzielen etwa die 10- bis 20-fache Wirkung im Vergleich zu Deutschland. So kostet es zum Beispiel circa 10 Euro, einem Kind in der Nahost-Region eine Woche lang den Schulbesuch zu ermöglichen; in Deutschland ist dies um ein Vielfaches teurer.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat für mich höchste Priorität. Ein ganz wesentlicher Teil des BMZ-Haushalts wird in diesem Bereich eingesetzt. Mit unseren Maßnahmen können wir unter anderem

- 60.000 syrische Kinder im Libanon einschulen;
- 400.000 Menschen in Mali mit Wasser versorgen;
- 15.000 Menschen im Irak in Beschäftigung bringen;
- 25.000 Menschen in Ägypten beruflich bilden;
- Wohnraum für 25.000 Menschen in der Ukraine schaffen;
- 800.000 Menschen in Jordanien mit Wasser und 200.000 Menschen mit Strom versorgen.

Zweitens: Die Flüchtlingskrise kann nicht allein national gelöst werden. Vor allem die EU hat für ihre Bewältigung bisher bei Weitem nicht genug getan. Die EU braucht endlich einen Gesamtansatz ihrer innen-, außen- und entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie eine Person, bei der die Stränge zusammenlaufen: einen EU-Flüchtlingsbeauftragten. Und die EU muss ein Sonderprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro zur Unterstützung von Flüchtlingen in Herkunftsregionen und in der EU auflegen. Dies ist durch



Umschichtung aus vorhandenen EU-Töpfen möglich, ohne dass hierfür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Einen entsprechenden Vorschlag habe ich bereits unterbreitet.

Drittens: Auch die Afrikanische Union (AU) und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihren Teil der Verantwortung tragen. Die gemeinsame Bekämpfung von Fluchtursachen und Schleuserkriminalität wird ein Schwerpunkt des EU-AU-Gipfels im November 2015 auf Malta sein. Hier muss es zu klaren Ergebnissen kommen und die afrikanischen Staaten müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Deutschland bietet hierfür seine Unterstützung an. Auf dem EU-AU-Gipfel soll auf Initiative der Bundesregierung eine gemeinsame Ausbildungsinitiative vereinbart werden.

Viertens: Neben der Fluchtursachenbekämpfung durch die Entwicklungspolitik ist auch eine diplomatische Offensive zur

Beilegung regionaler Konflikte dringend notwendig. Denn der Großteil der Menschen flieht nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil ihr Leben in Kriegsgebieten bedroht ist. Insbesondere der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen



muss seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit endlich nachkommen. Für Syrien muss parallel zur Bekämpfung des IS eine neue Syrien-Kontaktgruppe aus der EU, den USA, Russland sowie den zentralen Regionalmächten gebildet werden. In diesem Rahmen gilt es, mit allen Beteiligten Gespräche über einen Waffenstillstand zu führen. Die Iran-Verhandlungen haben gezeigt, dass eine diplomatische Einigung auch in schwierigen Fragen möglich ist.

Im Hinblick auf Libyen braucht es ebenfalls eine konzertierte EU-Initiative zur Stabilisierung des Landes. Die Fehler nach dem Sturz Gaddafis, als das Land alleine gelassen wurde und im Chaos versank, müssen jetzt korrigiert werden. Vordringlich ist die Bildung einer Einheitsregierung, die dann maßgeblich von der EU unterstützt werden muss. Zusammenarbeit beim Aufbau eines Grenzschutzes, ein Rückkehrer- oder Integrations-Programm für die Flüchtlinge aus Sub-Sahara-Afrika und Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur sind die ersten Ansatzpunkte für eine neue EU-Libyen-Initiative.

Fünftens: Die Zusammenarbeit Europas mit der Mittelmeerregion und dem Westbalkan muss insgesamt auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die EU muss aus Eigeninteresse in den Krisenherden in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft deutlich aktiver werden. Die Stichworte hierfür lauten Schaffung von Lebensperspektiven vor Ort durch wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigungsförderung und Bildung. Daneben brauchen wir Rückkehrer-Programme für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und zugleich ein Rückaufnahme-Programm für Balkan-Flüchtlinge in der EU. Mit dem abgeschlossenen „Stabilitätspakt Südosteuropa“, der „Westbalkan-Initiative“ sowie der „Mittelmeerunion“ gibt es Anknüpfungspunkte, die an die neuen Herausforderungen angepasst werden müssen. Mit dem notwendigen politischen Willen auf Seiten Europas und der internationalen Gemeinschaft wird es uns gelingen, die Flüchtlingskrise zu meistern.

Dr. Gerd Müller war Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Seit 2013 ist er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



WEDER GLOBALE HEILSARMEE NOCH GROSSE SCHWEIZ

THESEN ZUM EINSATZ MILITÄRISCHER MACHT



Prof. Carlo Masala

Trotz aller Fortschritte, die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach der Wiedervereinigung in Richtung einer „normalen“ europäischen Groß- und globalen Mittelmacht gemacht hat, herrscht in einer zentralen Frage sowohl bei Verbündeten als auch bei der eigenen Bevölkerung viel Ungewissheit. Diese Frage lautet: Unter welchen Umständen bringt die Bundesrepublik Deutschland seine militärische Macht zum Einsatz? Die öffentliche, die wissenschaftliche, aber auch die politische Debatte oszilliert zwischen zwei Extremen. Die einen reden dem militärischen Einsatz das Wort immer dann, wenn zentrale Werte des Westens (insbesondere die Menschenrechte) mit Füßen getreten werden. Die anderen (und die sind insbesondere in der öffentlichen Meinung zu finden) würden die Bundeswehr gerne nur zur Landesverteidigung und zur Hochwasserhilfe eingesetzt sehen. Beide Seiten diskutieren die Bedingungen des Einsatzes deutscher Streitkräfte aus einer konkreten Situation heraus und an der strategischen Funktion von Streitkräften vorbei. Wenn man der Frage nachgehen will, unter welchen Bedingungen Deutschland seine Streitkräfte einsetzen soll, dann muss man sich zunächst einmal auf die grundsätzlichen Funktionen von Streitkräften besinnen. Diese sind im Einzelnen folgende Vier:

Streitkräfte sollen erstens den Staat darin stärken, sein auswärtiges Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten, zweitens den Einfluss von Staaten auf Entwicklungen außerhalb ihres Territoriums zu sichern und ggf. zu steigern, drittens andere Staaten oder kollektive Akteure davon abhalten, ihrerseits Einfluss auf bestimmte Entwicklungen auszuüben sowie viertens andere Staaten bzw. kollektive Akteure für ihr Handeln ggf. zu bestrafen.

Legt man diesen Kriterien die Frage zugrunde, unter welchen Umständen die Bundesrepublik Deutschland ihre Streitkräfte in den Einsatz schickt, so können folgende Thesen abgeleitet werden.

These 1: Der Einsatz deutscher Soldaten im Ausland muss sich zuvorderst an der Frage orientieren, ob durch bestimmte Entwicklungen die Sicherheit Deutschlands bedroht ist. Dabei ist Sicherheit nicht nur territorial zu definieren. Denn die Sicherheit Deutschlands kann durchaus bedroht werden, wenn zentrale Partner oder Verbündete Deutschlands bedroht sind. Aber die Frage nach der eigenen Bedrohung ist zuvorderst zu stellen. Nur wenn solch eine vorliegt kann der Einsatz deutscher Soldaten auch der Bevölkerung verständlich gemacht werden.

These 2: Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Einsatz deutscher Streitkräfte nicht zur Durchsetzung allgemeiner hehrer Ziele erfolgen sollte. Am deutschen Wesen kann und soll die Welt nicht genesen! Im Einzelfall kann es durchaus im deutschen Interesse sein, Menschenrechte zu schützen, aber nur dann, wenn es den strategischen Interessen Deutschlands nützt und nicht als abstraktes Prinzip.

These 3: Folgt man der These eins und zwei bedeutet dies, dass es im Interesse der Bundesrepublik als globale Mittelmacht sein muss, andere dazu zu befähigen, ihrerseits für Ordnung und Stabilität in ihren Nachbarschaften zu sorgen. Eine solche Politik trägt klugerweise dazu bei, dass Interessen der Bundesrepublik in entfernteren Regionen verfolgt und umgesetzt werden, ohne dass sich Deutschland aktiv daran beteiligen muss.

These 4: Wenn man akzeptiert, dass wir in einer Welt leben, in der Geographie noch immer eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik einnimmt, dann ist das östliche und das südliche Vorfeld der Bundesrepublik Deutschland prioritär. Entwicklungen auf dem Balkan, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie im Süden im Maghreb und im Nahen Osten sind aus deutscher Sicht prioritär zu behandeln und erfordern die permanente Aufmerksamkeit zentraler Akteure deutscher Sicherheitspolitik.

These 5: Zugleich müssen deutsche Streitkräfte jedoch potentiell (wenn es den Interessen der Bundesrepublik entspricht) global einsetzbar sein, da neben der Geographie die zukünftige sicherheitspolitische Lage auch dadurch gekennzeichnet sein wird, dass Bedrohungen deterritorialisert sind. Ein Hackerangriff auf die zivile oder militärische Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland kann theoretisch aus einem Staat erfolgen, der geographisch am anderen Ende der Welt liegt. Also müssen Teile der Bundeswehr auch in der Lage sein, Bestrafungsaktionen auch dort durchführen zu können.

These 6: Aus These 1-5 folgt, dass die Bundeswehr in der Lage sein muss, das gesamte Fähigkeitsspektrum (vom Peacekeeping-Einsatz bis hin zur Kriegsführung) abzudecken.

Jede Spezialisierung würde erstens bedeuten, sich von anderen Staaten abhängig zu machen und zweitens, das Einsatzspektrum von vornherein zu begrenzen. Beides ist jedoch für eine europäische Groß- und globale Mittelmacht inakzeptabel. Die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, alles zu können, darf jedoch nicht damit verwechselt werden, dass die Bundeswehr alles machen sollte. Nur wenn deutsche Interessen, wie sie vorab erläutert wurden, direkt betroffen sind, sollte die Bundeswehr eingesetzt werden. Dann allerdings mit aller Konsequenz.

Es geht somit bei der Frage der Bedingungen des Einsatzes der Bundeswehr weder darum, dass Deutschland eine globale Heilsarmee unterhalten soll, die für eine bessere Welt das Leben ihrer Soldatinnen und Soldaten aufs Spiel setzt, noch um eine isolationistische Position, in der die Bundesrepublik Streitkräfte für einen Fall unterhält, der wahrscheinlich in den nächsten 30 Jahren nicht mehr eintreten wird: einen Angriff auf das eigene Territorium. Es wäre wünschenswert, wenn die hier aufgestellten sechs Thesen zu einer Debatte beitragen könnten, die mit Realismus und Augenmaß geführt wird.

Prof. Dr. Carlo Masala ist Professor für internationale Politik an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München.

Anzeige



ESG

**PARTNER DER
BUNDESWEHR**

Seit 50 Jahren Innovations- und Technologiepartner der Streitkräfte: Entwicklung, Integration, Betrieb und Product Support für komplexe, oftmals sicherheitsrelevante Elektronik- und IT-Systeme für Militär, Behörden und Industrie.

DEDICATED TO SOLUTIONS
WWW.ESG.DE



Manfred Weber MdEP,
Vorsitzender der EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament

ZUR LAGE DER EU: EUROPA LIEFERT – DER NATIONALE EGOISMUS BEHINDERT LÖSUNGEN

„Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union“. Mit diesem Satz hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im September seine Rede zur Lage der Union eröffnet. Die Ansprache beschreibt die Prioritäten der Kommission für die kommenden 12 Monate. Junckers Auftritt im Europäischen Parlament war von herausragender Bedeutung: Denn zum ersten Mal in der Geschichte hat ein vom Parlament gewählter und nicht lediglich von den Regierungschefs bestimmter Kommissionspräsident die Ansprache gehalten.

Natürlich hat Juncker die Migrationskrise ganz in den Mittelpunkt gestellt. Seit Wochen finden Hunderttausende Flüchtlinge den Weg nach Europa, besonders aber nach Bayern und Deutschland. Wir alle wissen, dass wir darauf Antworten geben müssen, weil der Zustrom auf Dauer so nicht bleiben kann. Mit seiner Forderung nach einem europäischen Ansatz liegt Juncker voll auf Linie der CSU. Ich begrüße das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenpaket. Es sieht eine Quote zur Verteilung der Flüchtlinge vor. Durch eine Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex sollen außerdem unsere Außengrenzen besser abgesichert werden.

Die Kommission greift damit Kernforderungen der CSU auf: Europa muss offen sein für Verfolgte, aber Asylregeln müssen umgesetzt und Missbrauch verhindert werden. Die CSU hat ihre Politik auf die europäische Agenda gesetzt.

Europa zeigt kein gutes Bild in der Flüchtlingskrise. Aber es ist nicht „Brüssel“, das hier versagt. Der nationale Egoismus verhindert bisher konstruktive Lösungen. Viele Länder lehnen ab, solidarisch Verantwortung zu übernehmen. Mehrere Länder setzen die Schengen- oder Dublin-Regeln nicht korrekt um. So ist Griechenland offensichtlich mit dem

Außengrenzenschutz überfordert, Österreich leitet Flüchtlinge einfach nach Deutschland weiter. Und wenn Mitgliedstaaten wie Ungarn den vertraglich vorgesehenen Schutz ihrer Grenzen ernst nehmen, werden sie dafür von Sozialdemokraten und Grünen gescholten. Zugleich ist klar, dass wir die Einhaltung der humanitären Standards von Ungarn erwarten.

Europa muss sich zusammenraufen und endlich gemeinsam die Herausforderung anpacken. Die jüngsten Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs machen zumindest Hoffnung, dass etwas voran geht.

Neben der Asylfrage bleibt die Schaffung von Wachstum eine Priorität der EU. Denn die Arbeitslosigkeit ist in vielen Teilen unseres Kontinents immer noch zu hoch. Gegenüber Sommer 2014 waren in diesem Jahr 1,6 Millionen Menschen weniger arbeitslos. Das zeigt, dass der von der CSU gestützte Weg der Reformen erste Früchte trägt. Mit weiteren Vorschlägen wollen wir den Aufschwung stärken. Positiv ist in diesem Zusammenhang auch, dass Griechenlands Premier Tsipras erkannt hat, dass mit linker Ideologie alleine sein Land nicht zu Wachstum zurückfinden wird. Es ist schade, dass das Land durch sein Zögern wertvolle Zeit verloren hat.

Ich bin Juncker, der in schwieriger Zeit keinen einfachen Job hat, für seine politische Rede und seine klaren Vorschläge dankbar. Seit seinem Amtsantritt ist ganz deutlich ein neuer Stil in Brüssel erkennbar: Der Kommissionspräsident konzentriert sich auf das Wesentliche, um den großen Herausforderungen Europas gerecht zu werden. Damit löst er eine zentrale Wahlkampforderung der CSU ein. Auch dies zeigt: Die CSU gestaltet Europa ganz unmittelbar mit.

STANDPUNKT: „EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSUNION“

GEMEINSAME FÄHIGKEITEN ZEITNAH AUFBAUEN



Roderich Kiesewetter MdB,
Vorsitzender des deutschen
Reservistenverbandes

„Islamischer Staat“ – Ukraine-Russland-Konflikt – staatliche Fragilität in Nordafrika. Die Gleichzeitigkeit von Krisen führt vor Augen, wie interdependent Deutschland und Europa mit dem Rest der Welt verflochten sind. Wir haben ein strategisches Interesse, für Stabilität in unseren Nachbarregionen zu sorgen, um damit den Anstieg der Flüchtlingsströme zu verhindern und Terror durch stabile Staatlichkeit vorzubeugen. Die EU und Europa insgesamt sind davon unmittelbar betroffen. Wir sind an diesem Punkt weit davon entfernt, eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie zu verfolgen, die militärische und zivile Maßnahmen umfasst und die so dringend in (noch) stabilen Staaten wie Jordanien und Libanon benötigt wird. Die EU wäre in der Lage, die Fähigkeiten zu entwickeln, um dadurch abgestimmte Maßnahmen zu einer gezielten Stabilisierung solcher Länder beizutragen. Das erfordert über den Zusammenschluss einzelner Fähigkeiten hinaus eine ständige strukturierte Zusammenarbeit, die alle Bereiche der zivilen und militärischen Fähigkeiten umfasst. Diese Zusammenarbeit ist bereits im Lissaboner Vertrag verankert – wir sollten sie jetzt mit Leben füllen! Ungenutzt sind zudem die seit 2003 bestehenden EU-Gefechtsverbände, die

für schnelle Krisenreaktionen eingesetzt werden können. Wir verfügen demnach bereits über Potential, das nun untereinander effektiv koordiniert werden muss. Ein zivil-militärisches Hauptquartier, vorzugsweise in Brüssel, sollte diese Aufgabe dauerhaft übernehmen und Entwicklung, Beschaffung sowie Forschung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten gemeinschaftlich steuern – zu Boden, zu Luft und zu See. Eine Bündelung nationaler Fähigkeiten leistet dem Ziel Vorschub, prioritäre regionale Interessen zu verfolgen – und kein Nebeneinander bilateraler Schwerpunkte zu vertiefen. Eine EU, die neben einem hohen Maß an „soft power“ hohe Erwartungen zu erfüllen hat, wird ansonsten dauerhaft daran scheitern, diese zu erfüllen. Das Konzept der vernetzten Sicherheit sollte deshalb zur 2. tragenden Säule neben der Diplomatie stehen. Der Einsatz von Entwicklungsgeldern, gemeinsame Ausbildungs- und Grenzschutzmissionen sowie „show of force“ erhöhen die Chancen der Durchsetzbarkeit strategischer Interessen. Eine „Europäische Verteidigungsunion“ ist deshalb ein vitales Interesse Deutschlands und der EU, um in Zukunft der erhöhten Unsicherheit in unserem Umfeld und der steigenden Verantwortung innerhalb der NATO gerecht zu werden. Dazu braucht es gemeinsam nutzbare zivile und militärische Fähigkeiten und den politischen Willen, sie einzusetzen.

Anzeige

IABG. Die Zukunft.




Our mission – peace and security

Als leistungsstarker Partner der Streitkräfte ist die IABG seit ihrer Gründung in besonderer Weise der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichtet. Unsere Erfahrung und unsere Unabhängigkeit von Herstellern oder Produkten machen uns zu einem einzigartigen Leistungsanbieter in sensiblen Aufgabenbereichen. Wir verknüpfen Einsatzerfahrung und operationelles Know-how mit ausgewiesenen wissenschaftlichen Fähigkeiten und unterstützen unsere Kunden in den Bereichen Land, Luft, See, Joint, Weltraum, Cyber und gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge.

Wir sind ein anerkannter Dienstleister auf nationaler und internationaler Ebene bei der Konzeption von Lösungen, der Begleitung von Entwicklungs- und Realisierungsvorhaben und der Bereitstellung von Serviceleistungen:

- Operationelle Konzeptentwicklung und Fähigkeitsanalyse
- Human Factors Analysen und Organisationsentwicklung
- Vorhabenbegleitung, Leistungsanalysen und Nachweisführung
- Erprobung, Prüfung und Zertifizierung
- Logistik- und Wirtschaftlichkeitsanalysen

- IT-Sicherheits- und Safetyanalysen
- Verwundbarkeits-, Schutz- und Kollateralschadenanalysen
- C4ISR Analysen und Lösungen
- Simulations- und Testumgebungen, Modellbildung und Simulation
- Übungsunterstützung, Wargaming, Ausbildung und Training
- Betreibermodelle und technisch-logistische Betreuung



IABG
 Einsteinstraße 20
 85521 Ottobrunn
 Tel. +49 89 6088-2030
 Fax +49 89 6088-4000
 info@iabg.de
www.iabg.de



Florian Hahn MdB, Landesvorsitzender des ASP

DIE WELT TRAUERT GEMEINSAM, DIE WELT VERTEIDIGT SICH GEMEINSAM

Fassungslos blicken wir auf die Terroranschläge von Paris, die allen humanitären, religiösen und zivilisierten Prinzipien zuwider sind, an die wir glauben. Wir trauern um die Opfer und beten für ihre Familien. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt dem ganzen französischen Volk. Dieses menschenverachtende Verbrechen erinnert uns schmerzlich daran, dass uns unsere Werte nicht geschenkt werden. Wir müssen jeden Tag aufs Neue für sie kämpfen und sie verteidigen.

Die Anschläge von Paris sind für Europa das, was der 11. September für die USA war. Diese Art von Terrorismus hat nur ein Ziel: Uns und unsere freiheitliche und tolerante Gesellschaft zu terrorisieren. Die menschenverachtenden Gewaltakte waren daher nicht nur ein Angriff auf Frankreich. Sie waren ein systematischer Angriff auf die gesamte freie westliche Welt, sie waren ein Angriff auf uns. Wir werden gemeinsam mit Frankreich nicht vor diesem Fanatismus kapitulieren, wir werden zusammenstehen.

An der Seite unserer Partner leisten wir bereits einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Islamisten. Wir unterstützen die kurdische Peshmerga im Nordirak. Unsere Solidarität mit Frankreich kann aber bedeuten, dass wir gemeinsam noch aktiver gegen den Terrorismus vorgehen müssen. Einer der Anschläge der Terrorserie, der dem Freundschaftsspiel zwischen Deutschland und Frankreich im Stade de France galt, sollte auch uns verängstigen. Unsere Botschaft muss sein: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir sind entschlossen zum Kampf gegen den Terrorismus, wir sind verteidigungsbereit. Im Bündnisfall stehen wir an der Seite unserer französischen Freunde und Partner.

Suruç, Ankara, Sinai, Beirut, Paris – wir haben in kürzester Zeit fünf Angriffe erlebt, die den brutalen Mörderbanden des IS zugerechnet werden. So wie wir Paris sind, sind wir alle auch Beirut oder Ankara. Die Anschläge sind der Versuch, den Krieg

aus Syrien und dem Nordirak zu uns zu bringen. Die Terroranschläge sind nicht nur perverse Auswüchse von islamistischem Fundamentalismus, sie richten sich gegen jene, die sich offen dem Kampf gegen den IS stellen. War der IS anfangs allenfalls Inspirator, ist er mittlerweile zum Organisator der Attacken radikaler Tätergruppen geworden. Der IS ist eine weltweit agierende Organisation geworden, die sich loser Zellenstrukturen bedient, wie wir sie von al-Quaida kennen. Wir erleben eine asymmetrische Bedrohungslage, bei der Angriffe im Innersten Europas von Feinden im Ausland gesteuert werden.

Wir in Deutschland müssen uns heute die Frage stellen: Wie viel ist uns unsere Freiheit wert? Ein Kennzeichen unserer offenen Gesellschaft ist ihre Verwundbarkeit. Gleichzeitig haben unsere Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Schutz und dieser Anspruch wächst mit der Bedrohung. Freiheit ist daher nicht ohne Sicherheit denkbar, sie bedingen einander. Deshalb brauchen wir ein integriertes nationales Gesamtsicherheitskonzept, in dem sich die Kräfte für äußere und innere Sicherheit wirksam ergänzen. Das heißt, die Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes in dieser neuen Bedrohungslage ist auch Aufgabe der Bundeswehr.

Der Terrorismus der Dschihadisten ist vor allem eins, er ist lebensverachtend, noch bevor er überhaupt religiös oder politisch ist. Um ihm zu begegnen, sollten wir jenen, die unsere Humanität herausfordern, zeigen, dass unsere Werte universal sind und nicht von Fanatikern zum Einsturz gebracht werden können. Wir sollten mit wachen Augen der Gefahr begegnen. Wir sollten aber auch zeigen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Fußballspiele werden stattfinden, wir werden auch in Zukunft in Restaurants, Biergärten oder auf Konzerte gehen. Damit beweisen wir nicht nur, dass wir unsere Lebensweise lieben, sondern auch, dass wir sie verteidigen werden.

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • Konzept & Gestaltung: IT'S LIVE! Advertising GmbH

Redaktion: ASP-Landesgeschäftsführer Christian Kattner • Kontakt Redaktion: asp@csu-bayern.de • Stand: November 2015

Hinweis: Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.

